

ordonner la confiscation à compte des dommages-intérêts et des amendes. Néanmoins la destruction des objets contrefaits apparaît comme la conséquence légale et logique du fait qu'ils ont une origine illicite et contraire au droit du propriétaire du brevet. La confiscation n'est qu'une mesure exceptionnelle que les tribunaux peuvent ordonner lorsqu'elle paraît justifiée par les circonstances. Dans l'espèce rien ne la justifie et au surplus elle n'a pas été demandée. Il y a donc lieu d'ordonner la saisie et la destruction de la partie contrefaite des outils fabriqués en conformité du brevet partiellement annulé.

7. — Quant à la question des dommages-intérêts, l'instance cantonale a considéré comme établi que les demandeurs ont subi un dommage minime dont elle a arbitré le chiffre à 300 francs. Le dossier ne fournit aucune donnée permettant de considérer cette appréciation comme erronée; elle doit dès lors être maintenue.

Par ces motifs,

Le Tribunal fédéral
prononce :

I. — L'arrêt de la Cour de justice civile de Genève, du 9 janvier 1897, est réformé partiellement en ce sens :

a) Que le brevet 7774, classe 85, délivré au recourant le 27 novembre 1893, est annulé en tant qu'il s'applique à autre chose qu'aux parties de l'outil breveté désignées par les lettres *x*, *t*, *s* et *v* dans l'exposé d'invention et les dessins annexés, parties qui sont les deux pieds (*x* et *s*), la poignée (*t*) qui les relie et le levier (*v*) placé au-dessous de celle-ci;

b) qu'il est fait défense au recourant de fabriquer la partie contrefaite de l'outil qu'il avait fait breveter, à peine de tous dommages-intérêts;

c) que les parties contrefaites des outils déjà construits par lui en conformité du brevet partiellement annulé seront saisies et détruites en main de tout détenteur.

II. — L'arrêt cantonal est maintenu pour le surplus quant au fond et quant aux dépens.

VIII. Schuldbetreibung und Konkurs.

Poursuite pour dettes et faillite.

48. Urteil vom 30. Januar 1897 in Sachen
Herzog gegen Buholzer.

A. Durch Urteil vom 6. November 1896 hat das Obergericht des Kantons Luzern erkannt: Der sub Ziffer 13 der Pfändungsurkunde vom 20. März 1895 näher bezeichnete Anteil Nutznießungsguthaben sei als zur Pfändungsmasse gehörig erklärt; mit den weitergehenden Begehren seien Kläger abgewiesen.

B. Gegen dieses Urteil hat Fürsprecher Burri Namens der Beklagten die Berufung an das Bundesgericht ergriffen mit dem Antrag, es sei, in Abänderung desselben, zu erkennen: Der sub Ziffer 13 der Pfändungsurkunde vom 20. März 1895 näher bezeichnete Anteil Nutznießungsguthaben sei nicht als zur Pfändungsmasse gehörig erklärt.

Der Anwalt der Kläger beantragt in seiner Antwortschrift, auf die Berufung des beklaglichen Anwaltes nicht einzutreten, eventuell die Berufung abzuweisen, unter allseitiger Bestätigung des obergerichtlichen Urteils vom 6. November 1896.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Der von den Berufungsbeklagten gestellte Antrag, auf die Berufung nicht einzutreten, wird mit der Behauptung begründet, die Berufungsklägerin habe auf die Berufung dadurch verzichtet, daß sie keinen Rechtsvorschlag gegen den Zahlungsbefehl erhoben habe, welchen die Berufungsbeklagten ihr für die Kostenvergütung laut Dispositiv 2 des obergerichtlichen Urteils haben anlegen lassen. Die Unterlassung eines Rechtsvorschlages gegen die Betreibung für jene Kostenvergütung braucht nun aber nicht notwendig auf einem Anerkennungswillen zu beruhen; diese Unterlassung kann ihren Grund ebensowohl in einem Versehen haben, und darf daher nicht ohne weiteres als Verzicht auf das Rechtsmittel der Berufung ausgelegt werden. Was sodann die Legitimation des Anwaltes der Berufungsklägerin

zur Ergreifung dieses Rechtsmittels anbetrifft, so lautet die Vollmachtsurkunde, welche demselben von den Eheleuten Herzog ausgestellt worden ist, ausdrücklich auf Besorgung dieser Streitfache in allen Instanzen, also auch vor Bundesgericht. Zudem ist von demselben noch eine speziell für die Berufung an das Bundesgericht ausgestellte Vollmacht zu den Akten gebracht worden. Die Einreden, mit welchen die Berufungsbeklagten ihren Antrag begründen, daß auf die Sache nicht einzutreten sei, erscheinen somit nicht als stichhaltig.

2. Die formellen und materiellen Voraussetzungen des Rechtsmittels der Berufung sind vorhanden. Die Berufung ist rechtzeitig und in richtiger Form eingelegt. Da es sich in casu um eine Aufsechtungsklage handelt, ist in der Sache eidgenössisches Recht anwendbar; ebenso ist der gesetzliche Streitwert gegeben. Die klägerische Forderung, um deren Befriedigung willen diese Klage angehoben worden ist, erreicht allerdings den gesetzlichen Streitwert von mindestens 2000 Fr. nicht. Allein Ansprecher ist in Wirklichkeit nicht die Klagepartei, sondern die Beklagte; den Streitgegenstand bildet der von dieser letztern beanspruchte, in die Pfändungsurkunde vom 20. März 1895 aufgenommene Anteil an einem Nutznießungsguthaben, der ihr von ihrem Ehemanne abgetreten worden war. Dieser Anteil ist daher maßgebend für die Bestimmung des Streitwertes. Derselbe beträgt unbefrittenermaßen 3333 Fr. 33 Cts., und es ist somit der gesetzliche Streitwert gegeben.

3. In der Sache selbst ergibt sich aus den Akten und den thatfächlichen Feststellungen der Vorinstanz: Die Kläger betrieben den in Luzern wohnhaften Ehemann der Beklagten, welcher im Oktober 1894 mit seinen Kreditoren einen Nachlaßvertrag abgeschlossen hatte, für eine Forderung im Betrage von circa 410 Fr., Zins und Kosten inbegriffen, und erwirkten am 20. März 1895 die Pfändungsurkunde. Unter Ziff. 13 dieser Urkunde wurde den Klägern ein Anteil des Schuldners am Nutznießungsguthaben der Witwe Herzog-Emmenegger gepfändet, bestehend in zwei Gültten an Jakob Herzog in Luzern vom 9. und 10. März 1891, jede à 5000 Fr., eingelegt in der Depositalkasse Münster. Des Schuldners Anteil an diesem

Nutznießungsguthaben wurde vom Betreibungsamt auf 3070 Fr. geschätzt, beträgt aber laut übereinstimmender Angabe der Parteien 3333 Fr. 33 Cts. Der gleiche Anteil wurde den Klägern gepfändet am 30. April 1895 für einen Forderungsbetrag (mit Zins und Kosten) von circa 54 Fr. Am 7. März 1895 hatte die Beklagte, in Erneuerung eines bereits am 27. Dezember 1894 gestellten Gesuches beim Waisenrat Münster beantragt, derselbe möchte nach § 18 des ehelichen Vormundschaftsgesetzes ihren Ehemann anhalten, daß er das von ihr laut Frauengutsinventar bezogene Frauenvermögen im Betrag von 4534 Fr. durch Abtretung des genannten, ihm am Nutznießungsgut der Witwe Herzog-Emmenegger zustehenden Anteils zurückerstatte. Der Waisenrat beschloß, dem Gesuche zu entsprechen, da der Ehemann sich mit demselben einverstanden erklärte, und sich nach eingeholten Informationen über die Verhältnisse der Familie Herzog ergeben habe, daß dem benannten Frauenguthaben, sofern dasselbe nicht gesichert werde, wirklich Gefahr drohe. Am gleichen Tage (7. März 1895) unterzeichnete der Ehemann Herzog eine Urkunde, laut welcher er der Beklagten „als Ersatz für das von ihr bezogene Frauenvermögen, bestehend laut Frauengutsinventar vom 22. November 1891 in 4534 Fr. seinen Anteil von 3333 Fr. 33 Cts. am Nutznießungsguthaben seiner Mutter, Witwe Magdalena Herzog-Emmenegger, herrührend aus dem Nachlaß des Vaters Jakob Herzog sel.“ eigentümlich abtrat. Gestützt auf diese Abtretungsurkunde beanspruchte die Beklagte den den Klägern gepfändeten Anteil an dem genannten Guthaben, worauf diese, im Besitze eines provisorischen Verlustscheines, beim Bezirksgericht Luzern das Rechtsbegehren stellten, der sub Ziff. 13 der Pfändungsurkunde vom 20. März 1895 näher bezeichnete Anteil Nutznießungsguthaben sei als zur Pfändungsmasse gehörig zu erklären. Dieses Rechtsbegehren wurde von den kantonalen Instanzen übereinstimmend mit im wesentlichen folgender Begründung gutgeheißen: Aus der Aktenlage, insbesondere der Verhandlung vor Armen- und Waisenrat Münster vom 7. März 1895, und der Betreibung der Kläger sei zu schließen, daß der Ehemann der Beklagten, der als Eisenbahnarbeiter einen sehr beschei-

denen Verdienst habe, im Zeitpunkt der Vornahme der Abtretung bereits überschuldet gewesen sei, und daß die Beklagte zur kritischen Zeit die ungünstige Vermögenslage ihres Ehemannes wohl gekannt habe; für die letztere Annahme bilden die Gesuche der Beklagten vom 27. Dezember 1894 und 7. März 1895 um Sicherung des Frauenvermögens die besten Beweise. § 18 des Gesetzes über die eheliche Vormundschaft bestimme nun allerdings, der Heimatgemeinderat solle, wenn begründete Besorgnis obwalte, daß dem Frauenvermögen Verlust drohe, auf Verlangen der Ehefrau, oder von sich aus, immerhin nach Anhörung des Ehemannes, verfügen, daß das Frauenvermögen zurückerstattet oder so viel wie möglich gesichert werde. Allein diese Sicherstellung müsse als unzulässig erachtet werden, wenn dieselbe eine Verkürzung der Gläubiger zur Folge habe, und dies treffe im vorliegenden Falle zu, da die Kläger bei allseitiger Beschützung der erfolgten Abtretung für ihre Forderung nur zum Kleinern Teil bezahlt werden. Mit Rücksicht hierauf, und da das eidgenössische Recht dem kantonalen Recht vorgehe, könne die Abtretung nicht beschützt werden. Die in Art. 287 Ziff. 2 und 3 des Sch.-u. R.-Ges. genannten Anfechtungsgründe seien vorhanden, zumal die Abtretung eines Anteils Nutznießungsguthaben nicht als übliches Zahlungsmittel aufgefaßt werden könne, und die Forderung der Ehefrau für bezogenes Frauengut ordentlicher Weise erst fällig werde mit Aufhören der ehelichen Vormundschaft, während zur Zeit der Abtretung die Vormundschaft des Ehemannes der Beklagten nicht aufgehoben gewesen sei. Aber auch die Voraussetzung des Art. 288 des Sch.-u. R.-Ges. treffe nach dem Gesagten hier zu. Speziell auch die Thatsache, daß Jakob Herzog ohne weiteres sich mit der von seiner Ehefrau begehrten Sicherstellung einverstanden erklärt habe, lasse darauf schließen, daß er die Rechtshandlung, in der für die Beklagte erkennbaren Absicht vorgenommen habe, dieselbe zum Nachteil anderer Gläubiger zu begünstigen.

4. Die Umstände, unter welchen die Abtretung vom 7. März 1895 stattfand, lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß dieselbe zu dem einzigen Zwecke erfolgt ist, die Beklagte gegenüber den andern Gläubigern ihres Ehemannes zu begünstigen, und

es liegt auf der Hand, daß die Beklagte selbst über diesen Zweck vollständig im klaren war. Aus den Pfändungsurkunden vom 20. März und 6. April 1895 und dem provisorischen Verlustschein der Kläger ergibt sich, daß das übrige Vermögen des Ehemannes der Beklagten zur Befriedigung der klägerischen Forderungen nicht ausreichte, derselbe also durch die Abtretung thatsächlich insolvent wurde. Da die Vermögensverhältnisse desselben während der kurzen Zeit, die zwischen der Vornahme der Abtretung und der Pfändung lag, offenbar die nämlichen geblieben waren, kann einem begründeten Zweifel nicht unterliegen, daß der Ehemann der Beklagten genau wußte, daß er durch die Abtretung an die Beklagte die Kläger in ihren Gläubigerrechten verkürze. Es ist also nicht zu bestreiten, daß der zum Zwecke der Sicherstellung des Frauengutes vorgenommenen Abtretung die Absicht der Begünstigung der Beklagten, zum Nachteil der andern Kreditoren, zu Grunde lag; daß diese Absicht der Beklagten selbst so wenig fremd war, wie ihrem Ehemanne, ergibt sich daraus, daß sie, wie thatsächlich in unanfechtbarer Weise von der Vorinstanz festgestellt worden ist, in Kenntniß der Vermögenslage ihres Ehemannes, die Sicherstellung ihres Frauengutes, gestützt auf § 18 des kantonalen Gesetzes, über die eheliche Vormundschaft, betrieben hat, also mit der Begründung, daß dasselbe gefährdet sei. Damit ist aber die Anfechtbarkeit der Abtretung nach Art. 288 des Sch.-u. R.-Ges. gegeben. Denn Art. 288 cit. erklärt schlechthin alle Rechtshandlungen als anfechtbar, welche der Schuldner in der dem andern Teile erkennbaren Absicht vorgenommen hat, seine Gläubiger zu benachteiligen oder einzelne Gläubiger zum Nachteil anderer zu begünstigen. Rechtshandlungen des Schuldners, bei welchen diese Voraussetzungen zutreffen, werden nach dem bestimmten Wortlaute des genannten Artikels ohne Ausnahme als anfechtbar erklärt. Sofern die Sicherstellung des Frauengutes durch den Ehemann in der dem andern Teile erkennbaren Absicht erfolgt ist, seine Gläubiger zu benachteiligen, oder die Ehefrau zum Nachtheile der andern Gläubiger zu begünstigen, liegt daher ein nach Art. 288 cit. anfechtbares Rechtsgeschäft vor, selbst dann, wenn der Ehemann zur Sicherstellung gesetzlich verpflichtet

ist. Aus diesen Gründen muß somit die Entscheidung der Vorinstanz bestätigt werden.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Berufung wird als unbegründet abgewiesen, und das Urteil des Obergerichtes des Kantons Luzern in allen Theilen bestätigt.

49. *Arrêt du 26 mars 1897 dans la cause
Banque fédérale contre Cusin.*

A. Pour garantir la Banque fédérale de tout ce qu'il pourrait lui devoir à un titre quelconque, en capital, intérêts, provisions et frais, Edouard Cusin, chapelier à Genève, lui a remis en nantissement, le 28 septembre 1895,

- 1° 3 obligations Etat autrichien de 1000 florins 4⁰/₀ or;
- 2° 5 dites de 200 florins;
- 3° 2 lots 3⁰/₀ genevois de 100 francs;
- 4° 8 obligations des chemins de fer italiens 3⁰/₀ de 500 francs;
- 5° 4 obligations des Mines de Sosnovice 5⁰/₀ de 500 francs;
- 6° 21 obligations 4⁰/₀ Société financière franco-suisse, de 500 francs.

Edouard Cusin a été déclaré en faillite le 11 mai 1896.

La Banque fédérale s'est portée créancière dans la faillite pour 65 012 fr. 80 c. et a demandé à être colloquée en cinquième classe pour le montant dont elle resterait à découvert après réalisation de son gage évalué à 25 260 francs environ. Conformément à l'art. 232, chiffre 4 LP., elle a mis les titres engagés à la disposition de l'office des faillites.

La propriété de ces titres a été revendiquée par dame Cusin-Garraud, femme du failli. Le préposé aux faillites, sur le vu de pièces produites par dame Cusin et de renseignements recueillis par lui a admis cette revendication.

L'état de collocation a été dressé le 6 juillet 1896 et rendu

public dès le 8. Par avis sous pli chargé en date du 7 juillet, la Banque fédérale a été informée que sa demande de collocation par privilège avait été écartée, les titres sur lesquels elle prétendait à un droit de gage ayant été considérés comme « n'appartenant pas au failli. » Sa production était en revanche admise en 5^e classe pour la somme de 64 312 fr. 80 c.

Les titres sont demeurés en mains de l'administration de la faillite.

B. Par exploit du 11 juillet, la Banque fédérale, représentée par le sieur Fourcy, son directeur de comptoir à Genève, a assigné le préposé aux faillites, en sa qualité d'administrateur de la faillite Cusin, pour ouïr ordonner que l'état de collocation dressé par lui doit être rectifié en ce sens que la créance de la Banque, arrêtée à la somme de 64 312 fr. 80 c., soit colloquée par préférence sur les titres remis en nantissement le 28 septembre 1895, tous droits réservés contre les cautions dames Cusin et Garraud et sur les titres remis par elles en nantissement.

A l'appui de ses conclusions, la Banque fédérale a fait valoir en substance ce qui suit :

A supposer, ce qui est contesté, que les titres remis en nantissement le 28 septembre 1895 n'appartinssent pas à sieur Cusin, la Banque fédérale étant de bonne foi n'en a pas moins acquis un droit de gage valable sur ces titres (art. 213 CO). Cusin étant tombé en faillite, elle a dû, par application de l'art. 232, § 4 LP., les mettre à la disposition de l'office sous peine d'être déchu de son droit de préférence. Le préposé avait qualité pour reconnaître la validité du gage et en opérer la réalisation. Ce n'est que contre lui que la Banque fédérale peut poursuivre la réalisation de son gage et elle doit pour cela conclure préalablement à la rectification de l'état de collocation. Même si le préposé estimait que les titres appartenaient à dame Cusin, il ne s'en suivrait pas que le gage ne fût pas valable et il ne pouvait pas écarter la demande de collocation privilégiée. Il n'avait d'ailleurs pas la compétence, réservée à l'autorité judiciaire seule, d'admettre